

GRÜNER Antrag: Folgen der Umquartierungen von Flüchtlingen

Begründung der Dringlichkeit des Antrags und Begründung des Antrags selbst

Reden der Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Hochtaunus

Beide Reden wurden in der Kreistagssitzung vom 11. Juli 2016 gehalten – es gilt das gesprochene Wort -

1. Begründung der Dringlichkeit

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Wir GRÜNEN haben einen Dringlichkeitsantrag bezüglich der Umquartierung von Flüchtlingen eingereicht.

Dringlich ist aus unserer GRÜNEN Sicht ein Antrag, wenn zum Zeitpunkt der Antragsfrist das antragsauslösende Ereignis noch nicht passiert ist.

Fristablauf zum Einreichen von Anträgen war der 22. Juni 2016.

Am Dienstag 28. Juni 2016 erfuhren wir als Kreistagsfraktion von einem offenen gemeinsamen Brief der Initiativen „Teachers on the Road-Gruppe Oberursel“, die „Refugee-Café-Gruppe Oberursel“, das „Café Willkommen der Freien Evangelischen Gemeinde Oberursel“, „No Border Frankfurt“ und der „Arbeitskreis Flüchtlingsfamilienhilfe Oberursel“ von Problemen bei der Umquartierung von Flüchtlingen.

Am Mittwoch, den 29. Juni 2016 fragte ich in der Sitzung des Jugend, Sozial- und Integrationsausschusses nach dem Sachstand und den Problemen bei der Umquartierung. Alle Ausschussmitglieder erhielten die Auskunft, dass die Umquartierung erfolgreich und problemlos abgeschlossen sei. Alle Beteiligten seien glücklich, im übrigen würde es sich um eine Scheindebatte handeln.

Am Donnerstag, den 30. Juni ging die Umquartierung weiter, viele der Flüchtlinge demonstrierten wieder vor der Unterkunft. Offensichtlich waren sie, wie auch die ehrenamtlichen Unterstützerinnen und Unterstützer, nicht zufrieden.

Erst zu diesem Zeitpunkt, deutlich nach Ablauf der Antragsfrist, erschien uns die Sach- und Faktenlage ausreichend, den Kreistag mit dieser Problematik zu befassen.

Dringlich ist aus unserer Sicht der Antrag aber erst, wenn die Sache einer sofortigen Entscheidung des Kreistages bedarf und nicht bis zur nächsten Sitzungsrunde gewartet werden kann.

Wichtig ist uns GRÜNEN, dass der Hochtaunuskreis sofort die jeweiligen Einzelfälle untersucht und Lösungen findet, wenn bestehende Arbeits- und Praktikumsplätze, wenn besuchte Kurse und andere Aspekte betroffen sind, die die Integration vor Ort fördern. Dies muss sofort geschehen, sonst wird Integration zerstört.

Ebenso ist absehbar, dass innerhalb der nächsten Wochen der zweite Container abgerissen wird und es erscheint wahrscheinlich, dass weitere Umquartierungen erfolgen müssen. Diese gut vorzubereiten, erscheint und für absolut notwendig.

Die nächste Kreistagssitzung ist aber erst wieder am 19. September. Es erscheint es uns nicht sinnvoll, den Bau bis dahin zu stoppen, angesichts der Auswirkungen müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden, eine bessere Vorbereitung von Umzügen zu ermöglichen. Insofern sehen wir die Dringlichkeit als gegeben an und bitten Sie diesbezüglich um Ihre Zustimmung, so dass wir das eigentliche Anliegen heute hier im Kreistag diskutieren können.

2. Begründung des Antrags:

Vor einer Woche habe ich im Magazin der Süddeutschen Zeitung (Nr. 26) einen unglaublich spannenden Artikel von Alexandra Rojkov gelesen. Unter dem Titel: „Die Heimkehr“ macht

sie sich auf die Suche nach anderen Asylbewerbern, die mit ihr in einem schwäbischen Containerlager in den 90er Jahren in Deutschland ankamen. Leitgedanke des Artikels war die Frage nach den Gründen, warum manche Asylbewerber oder Flüchtlinge sich integriert haben, manche auch nicht.

Zitatanfang:

„Jede Familie, die ich traf, hat bei ihrer Integration Opfer gebracht. Niemanden ist es leicht gefallen, sich in Deutschland einzugliedern. Doch mir fiel auf: Wer gute Erfahrungen mit den Deutschen gemacht, sie als freundlich und offen empfunden hatte, war auch eher bereit, ein Teil von ihnen zu werden. Einige Flüchtlinge erinnern sich an Sachbearbeiter, von denen sie mit Respekt behandelt werden, an Ehrenamtliche, die mehr taten als nötig. (...) Ein Sozialarbeiter, der damals im „Lager“ arbeitete und heute ein Asylbewerberheim in Ludwigsburg leitet, formuliert es so: Wenn man den Migranten bei der Integration helfen wolle, müsse man vor allem eines tun – sie auf der Straße anlächeln.“ Zitatende

Ein Lächeln als Integrationsmaßnahme – ein respektvoller Umgang miteinander als integrationsentscheidend....

Wenn diese Maßstäbe an die Umquartierung angelegt werden, die Ende Juni stattfand, kann man dies wohl als eher nicht integrationsfördernd beschreiben.

Für uns ehrenamtliche Politikerinnen ist es oft schwierig, den wirklichen Sachverhalt heraus zu finden, Behauptungen beider Seiten auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Auch deshalb haben wir gezögert, unseren Antrag zu stellen.

Schließlich sind wir doch eine Modellregion Integration. Ist es nicht absolut sinnvoll, im Vorfeld von notwendigen Umquartierungen alle Beteiligten zu informieren? Ist es nicht absolut notwendig, sich nach den persönlichen Umständen zu erkundigen, so dass integrationsfördernde Aspekte, wie Arbeit, wie Praktikumsplätze und vor allen Dingen Deutschkurse weiterhin bestehen bleiben können? Es ist doch zielführend, die Ehrenamtlichen, auf die wir hier immer so ein hohes Lied singen und ohne die Integration wesentlich schlechter funktionieren würde, einzubinden und zu beteiligen, ihre Bitten um Gespräche und Kompromisse zu hören und in Gespräche einzutreten. Oder?

Ja, es macht Arbeit, vermutlich deutlich mehr als einfach nur eine Woche vorher über den Umzug zu informieren. Ja, es ist aufwändiger.

Aber es ist auch deutlich integrationsfördernd. Es ist vielleicht sogar ein ganz entscheidender Schlüssel zur Integration – ein Lächeln und ein respektvoller Umgang miteinander....

Modellregion Integration ist für uns GRÜNE eben nicht nur die sicherlich sinnvolle Umsetzung von Modellprojekten, sondern insbesondere gelebter Alltag – hier: gelebter Alltag der Verwaltung und der Politik des Hochtaunuskreises.

Mit dem ein oder anderen Helfer habe ich Kontakt gehabt in den letzten Tagen: Wir GRÜNEN haben ja zur Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit ein großes Helferfest im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt. Vermutlich wäre zumindest aus diesen Kreisen momentan der Zuspruch eher gering – vielleicht dient es aber auch dazu, wieder Gräben zu schütten.

Gräben zu überwinden: Dies ist auch Ziel unseres Antrags. All' die Beeinträchtigungen, die für eine gute Integration sorgen, wie Arbeits- oder Praktikumsplätze, wie der Besuch von Sprachschulen, wie auch andere integrationsfördernde Aspekte, sollen –soweit im Nachhinein noch möglich – berücksichtigt oder behoben werden und damit Integration gefördert und auch ein Stück Vertrauen wieder hergestellt werden.

Noch wichtiger allerdings erscheint uns der Aspekt, dass womöglich ein zweiter Umzug ansteht, bei dem es auch Sicht von uns GRÜNEN anders funktionieren soll.

An der Stelle möchte ich noch einmal deutlich betonen: Es ist richtig, dass die Container abgerissen werden. Da sind Sie, Frau Hechler, auf dem absolut richtigen Weg. Es ist richtig, dass nicht nur in Oberursel, Träger mit der Sozialbetreuung beauftragt werden. Hier machen

Sie Vieles deutlich besser, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Auch ich als Oberurselerin freue mich, dass die schlimmste Unterkunft Hessens endlich neu und vernünftig gebaut wird. Gerade deshalb können wir die Art und Weise der Umquartierung kaum verstehen und wollen mit unserem Antrag dafür eine Grundlage legen, dass die möglicherweise erneute Umquartierung in den nächsten Wochen dann wirklich zu aller Zufriedenheit verläuft.

Ich möchte noch ein paar Worte zu dem einstimmigen Beschluss des Sozial- und Kulturausschusses in Oberursel sagen: Dass in einem Parlament, in dem sieben Fraktionen von rechts nach links vertreten sind, einstimmig in Sachen Flüchtlingsunterbringung agieren, ist bemerkenswert. Dass sich ein Ausschuss einstimmig für das Verweilen von Flüchtlingen im Stadtgebiet ausspricht, ist ein wichtiges Signal dafür, dass Integration gelingen kann.

Dass es momentan nicht genügend freie Unterkünfte in Oberursel gibt, um tatsächlich alle Asylbewerber und anerkannte Asylberechtigte unter zu bringen, ist aus unserer Sicht leider so. Selbstkritisch müssen wir uns auch fragen, welche anderen Beschlüsse in der Vergangenheit notwendig gewesen wären. Aber Oberursel baut weiter Flüchtlingsunterkünfte aus, offensichtlich auch unter der neuen CDU/SPD-Koalition. Das ist richtig und wichtig. Auch ein wenig stolz bin ich darauf, dass die Notunterkunft in Oberursel von der Bevölkerung sachlich diskutiert und mitgetragen wurde.

Dass es auch notwendig ist, in der neuen Unterkunft andere soziale Strukturen zu erreichen, erscheint uns sinnvoll und nachvollziehbar. Vor den Problemen der Unterkunft in der Karl-Hermann-Flach-Straße verschließen wir nicht die Augen. Aber das rechtfertigt nicht die Art des Umgangs mit einander. Und wenn Ehrenamtliche und Flüchtlinge den Umzug mit „Eiskalt“ bezeichnen, ist etwas schief gelaufen.

Wir glauben, dass Sie, Frau Hechler, mit ihrem jetzigen Gesprächsangebot auf dem richtigen Weg sind, auch wenn es aus unserer Sicht deutlich zu spät kommt.

Lassen Sie uns heute hier gemeinsam die Grundlage legen, dass Umquartierungen die Integration nicht konterkarieren, dass alle Beteiligten, aber vor allen Dingen der Hochtaunuskreis sich auf die integrationsfördernde Wirkung des Respekts und des Lächelns besinnt. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.